

Strategie der Aussenbeziehungen 2020

Bericht der Regierung vom 19. November 2019

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	2
1 Einführung	2
2 Umsetzung der thematischen Schwerpunkte 2016–2020	3
2.1 Medizin	3
2.2 Bildung	3
2.3 Tourismus	4
2.4 Innovation	4
2.5 Standortmarketing	5
2.6 Sicherheit	5
2.7 Raumplanung/Verkehr	6
2.8 Kultur	8
3 Herausforderungen und Trends der Aussenbeziehungen	9
4 Künftige strategische Ausrichtung	10
5 Thematische Handlungsfelder 2020–2024	11
5.1 Politische Netzwerke pflegen	11
5.2 Innovationsfähigkeit stärken	14
5.3 Funktionale Räume aktiv gestalten	15
5.4 Standort Ostschweiz stärken	16
5.5 Pionierarbeit leisten	17
5.6 Bestehende Kooperationen festigen und weiterentwickeln	19
6 Schlussbemerkungen	21
7 Antrag	21

Zusammenfassung

Die Regierung unterbreitete dem Kantonsrat letztmals mit dem Bericht 40.16.09 vom 11. Oktober 2016 eine Auslegeordnung zu den Aussenbeziehungen des Kantons St.Gallen. Der Kantonsrat beauftragte auf dieser Grundlage die Regierung, jeweils auf Ende der Amtsdauer über die Strategie der Aussenbeziehungen und deren Umsetzung zu informieren. Mit dem vorliegenden Bericht kommt die Regierung dem Auftrag des Kantonsrates nach. Im Rückblick wird auf die Umsetzung der thematischen Schwerpunkte Medizin, Bildung, Tourismus, Innovation, Standortmarketing, Sicherheit, Raumplanung/Verkehr sowie Kultur eingegangen und werden insbesondere die Entwicklungen 2016–2020 berücksichtigt. Aufgrund der Herausforderungen und Trends der Aussenbeziehungen werden die Eckpunkte für die strategische Ausrichtung der nächsten vier Jahre definiert. Daraus ergeben sich sechs thematische Handlungsfelder für den Zeitraum 2020–2024: «Politische Netzwerke pflegen», «Innovationsfähigkeit stärken», «Funktionale Räume aktiv gestalten», «Standort Ostschweiz stärken», «Pionierarbeit leisten», «Bestehende Kooperationen festigen und weiterentwickeln».

Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir erstatten Ihnen mit dieser Vorlage Bericht zur Strategie der Aussenbeziehungen 2020.

1 Einführung

Die Regierung unterbreitete dem Kantonsrat letztmals mit dem Bericht 40.16.09 vom 11. Oktober 2016 eine umfassende Darstellung der Aussenbeziehungen des Kantons St.Gallen. Der Kantonsrat beauftragte auf dieser Grundlage die Regierung, jeweils auf Ende der Amtsdauer über die Strategie der Aussenbeziehungen und deren Umsetzung zu informieren. Ferner lud der Kantonsrat die Regierung ein, mit einer übergreifenden Zielsetzung die Strategie der Aussenbeziehungen so auszurichten, dass die Interessen des Kantons St.Gallen und der Ostschweiz stärker und angemessen wahrgenommen werden. Zudem sollen für die verstärkte Berücksichtigung des Kantons St.Gallen auf Bundesebene Massnahmen wie die Schaffung eines Metropolitanraums Bodensee umgesetzt, weitere Schwerpunkte konkretisiert und verstärkt auf die Interessen des Kantons St.Gallen und der St.Galler Wirtschaft ausgerichtet werden.

Für die Information, Begleitung und Kontrolle der Strategie der Aussenbeziehungen wurde die Staatswirtschaftliche Kommission bezeichnet.

Mit dem vorliegenden Bericht kommt die Regierung dem Auftrag des Kantonsrates nach. Der Bericht umfasst zunächst einen Rückblick auf die Umsetzung der thematischen Schwerpunkte der interkantonalen Zusammenarbeit, wobei kurz auf die Entwicklung der einzelnen Projekte eingegangen wird (Abschnitt 2).¹ Im Anschluss werden die Herausforderungen und Trends der Aussenbeziehungen skizziert (Abschnitt 3) sowie summarisch die Eckpunkte für die strategische Ausrichtung der nächsten vier Jahre aufgeführt (Abschnitt 4). Daraus ergeben sich die sechs thematischen Handlungsfelder für den Zeitraum 2020–2024 (Abschnitt 6). Da bereits mit dem letzten Bericht eine umfassende Darstellung der Aussenbeziehungen erfolgte, fokussiert sich nun der vorliegende Bericht bewusst auf die Handlungsfelder der nächsten vier Jahre.

¹ Zu weiteren Themen und Projekten der Aussenbeziehungen in den vergangenen Jahren hat die Regierung jeweils in ihren Geschäftsberichten berichtet (vgl. 32.19.01 / 32.18.01 / 32.17.01 / 32.16.01).

2 Umsetzung der thematischen Schwerpunkte 2016–2020

Im Bericht 40.16.09 «Strategie der Aussenbeziehungen 2016» bezeichnete die Regierung folgende strategische Felder für die interkantonale Zusammenarbeit:

- Medizin;
- Bildung;
- Tourismus;
- Innovation;
- Standortmarketing;
- Sicherheit;
- Raumplanung/Verkehr;
- Kultur.

In den folgenden Abschnitten finden sich Ausführungen zum Stand der Umsetzung der strategischen Kooperationen in den genannten Feldern seit der letzten Berichterstattung an den Kantonsrat im Jahr 2016.

2.1 Medizin

Joint Medical Master

Das Projekt zur Realisierung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen in Humanmedizin und damit verbunden zur Bekämpfung des Ärztemangels in der Ostschweiz sowie zur Stärkung des Medizinstandorts St.Gallen schreitet erfolgreich voran und befindet sich in der Abschlussphase. Der Kantonsrat hat mit dem VI. Nachtrag² zum Gesetz über die Universität St.Gallen (sGS 217.11; abgekürzt UG) die Grundlage für den mehrjährigen Leistungsauftrag und den Staatsbeitrag der Universität St.Gallen (HSG) geschaffen. Am 10. Juni 2018 haben die Stimmberechtigten des Kantons St.Gallen mit grosser Mehrheit dem entsprechenden Nachtrag zugestimmt. Damit wurde die gesetzliche Grundlage geschaffen, damit die Universität St.Gallen auf den 1. August 2020 im Rahmen eines Joint Degree zusammen mit der Universität Zürich (UZH) die Ausbildung in Humanmedizin (JMM-HSG/UZH) anbieten kann. Ebenfalls im Jahr 2020 wird der erste Studienjahrgang den Masterstudiengang in St.Gallen aufnehmen. Seitens des Kantonsspitals St.Gallen und der HSG laufen die Vorbereitungen plangemäss. Im Jahr 2023 werden die ersten Studierenden den JMM-HSG/UZH abschliessen.

2.2 Bildung

Ost – Ostschweizer Fachhochschule

Die Fachhochschule Ostschweiz (FHO) erfüllt die Voraussetzungen für eine institutionelle Akkreditierung gemäss dem eidgenössischen Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz (SR 414.20; abgekürzt HFKG) nicht. In enger Zusammenarbeit mit den heutigen Mitträgern (neben dem Kanton St.Gallen sind dies die Kantone Schwyz, Glarus, Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden und Thurgau sowie das Fürstentum Liechtenstein) wurde geklärt, unter welchen Bedingungen die drei heute unabhängigen Fachhochschulen zu einer einzigen Trägerschaft mit einer einzigen gemeinsamen Rechtsgrundlage zusammengeführt werden können; dies unter Beibehaltung aller drei Standorte Buchs, Rapperswil und St.Gallen. Das Ergebnis ist eine neue interstaatliche Vereinbarung (Konkordat).³ Sie bildet die gesetzliche Grundlage für den Zusammenschluss der FHS St.Gallen, Hochschule für Angewandte Wissenschaften, der Hochschule für Technik Rapperswil (HSR) und der Interstaatlichen Hochschule für Technik Buchs (NTB) mit breiter Trägerschaft in der Ostschweiz. Die neue Fachhochschule wird den Namen «Ost» mit dem Zusatz «Ostschweizer Fachhochschule» tragen. Am 12. März 2019 hat die Regierung den Beitritt

² nGS 2018-064.

³ Vgl. die Sammelvorlage «Errichtung der Ost – Ostschweizer Fachhochschule» (24.19.01 / 24.19.02 / 22.19.04 / 22.19.05).

zur Trägervereinbarung beschlossen. Der Kantonsrat genehmigte am 13. Juni 2019 den Beitritt des Kantons St.Gallen zum Konkordat. Aufgrund von Mehrkosten von voraussichtlich knapp 3,3 Mio. Franken je Jahr unterstand der Genehmigungsbeschluss des Kantonsrates dem obligatorischen Finanzreferendum. In der Volksabstimmung vom 17. November 2019 wurde der Erlass durch die Stimmberechtigten angenommen. Die Ost nimmt am 1. September 2020 ihren operativen Betrieb auf.

Interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule

Eines der grössten Projekte im Bildungsbereich der letzten zehn Jahre ist die Interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (sGS 211.41; nachfolgend HarmoS-Konkordat) und dessen Umsetzung. Das Projekt ist derzeit noch nicht ganz abgeschlossen. Seit dem Jahr 2006 sind die Kantone durch die Bundesverfassung (SR 101; abgekürzt BV) verpflichtet, in der Zusammenarbeit untereinander sowie mit dem Bund für eine hohe Qualität und Durchlässigkeit des Bildungssystems Schweiz zu sorgen. Die Kantone haben diesen Verfassungsauftrag mit dem HarmoS-Konkordat konkretisiert und damit definiert, wie der Harmonisierungsauftrag umgesetzt werden soll. Zehn Jahre nach Inkrafttreten des HarmoS-Konkordats kann festgehalten werden, dass die Umsetzung des Verfassungsauftrags weit fortgeschritten ist und konsequent vorangetrieben wird. Die Grundlagen für die Harmonisierung der obligatorischen Schule liegen vor und werden von den Kantonen umgesetzt. Der Harmonisierungsprozess dauert jedoch weiter an. Insbesondere werden die Harmonisierungsinstrumente aktuell noch eingeführt.

2.3 Tourismus

Koordinationsgremium der vier St.Galler Destinationen

Der Kantonsrat beauftragte die Regierung im Rahmen der Beratungen über das Mehrjahresprogramm der Standortförderung für die Jahre 2015 bis 2018 (28.14.01), eine Bündelung und Fokussierung der Angebote anzustreben. Wie im Bericht 40.16.09 «Strategie der Aussenbeziehungen 2016» aufgezeigt, waren die Kantone Appenzell Ausserrhoden und Thurgau an einer solchen Zusammenarbeit nicht interessiert: Angedacht war ein interkantonales Projekt zusammen mit dem Kanton Appenzell Ausserrhoden, das einen Zusammenschluss der drei Destinationen «St.Gallen-Bodensee-Tourismus» (SGBT), «Appenzellerland Tourismus AG» (ATAG) und «Toggenburg Tourismus» (TT) zum Ziel hatte. Seit der Ablehnung des Projekts durch die Regierung des Kantons Appenzell Ausserrhoden haben die vier St.Galler Destinationen «Heidiland Tourismus» (HLT), SGBT, TT und «Rapperswil Zürichsee Tourismus» (RZT) einen gemeinsamen Tourismusrat eingerichtet. Dieser fungiert seit Anfang 2019 als Koordinationsgremium der Destinationen für die Projektzusammenarbeit im Kanton.

2.4 Innovation

Innovationspark Ost

Der Kanton St.Gallen hat sich in den Jahren 2014 und 2015 erfolglos als Standort des Netzwerks des Schweizerischen Innovationsparks beworben. Zusammengefasst lässt sich festhalten, dass die St.Galler Bewerbung damals – bezogen auf die anvisierten Innovationsschwerpunkte – den erforderlichen Nachweis wissenschaftlicher Exzellenz mit nationaler und internationaler Ausstrahlung nicht im erforderlichen Mass hat erbringen können. Zudem fehlten verbindliche Zusagen der Wirtschaft für die erforderliche finanzielle Beteiligung an einem Innovationspark St.Gallen.

Forschungs- und Innovationszentrum Rheintal

Das Forschungs- und Innovationszentrum Rheintal (RhySearch) ist eine öffentlich-rechtliche Anstalt mit Sitz in Buchs, deren gemeinsame Träger der Kanton St.Gallen und das Fürstentum Liechtenstein sind. Seit Aufnahme seiner operativen Tätigkeit im Jahr 2013 unterhält RhySearch Kooperationen mit der Universität Liechtenstein, der NTB, der Empa und der Inspire AG (Kompetenzzentrum für den Technologietransfer zur Maschinen-, Elektronik- und Metallindustrie, zu

dessen Miteigentümern die ETH Zürich zählt). Damit erhalten die Unternehmungen Zugang zu hochqualifizierten Spezialistinnen und Spezialisten und deren Geräteparks. Seit dem Frühjahr 2017 kann RhySearch bei Innosuisse Fördergelder für Innovationsprojekte beantragen, was in Bezug auf die Generierung von Drittmitteln von grosser Bedeutung ist. Der Kantonsrat wie auch der Landtag des Fürstentums Liechtenstein bewilligten im Laufe des Jahres 2017 insgesamt 11,09 Mio. Franken für die Beteiligung an Investitionen in RhySearch (33.16.05). Neben der Hoch- und Ultrapräzision baut RhySearch derzeit seine Kompetenzen im Bereich der optischen Beschichtung weiter aus.

2.5 Standortmarketing

Strategie der Internationalen Bodensee Konferenz: Starker Standort

Im Zusammenhang mit einem Auftrag des Kantonsrates im Rahmen des Beschlusses über das Mehrjahresprogramm der Standortförderung für die Jahre 2015 bis 2018 (28.14.01) haben sich die für die Volkswirtschaft zuständigen Regierungsmitglieder des Landes Vorarlberg, des Fürstentums Liechtenstein, der Kantone St.Gallen, Thurgau und beider Appenzell sowie die Landräte aus den deutschen Landkreisen Lindau, Ravensburg, Bodenseekreis, Sigmaringen und Konstanz getroffen und festgestellt, dass die Wahrnehmung der Bodenseeregion nicht ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung entspricht. Als Gefäss für die gemeinsame Initiative wurde die Internationale Bodensee Konferenz (IBK) gewählt, die im Rahmen der Erarbeitung der neuen Strategie diesem Thema entsprechende Beachtung schenkte.

Die Regierungschefkonferenz beschloss im Jahr 2017 ein neues Leitbild, das die zentralen Handlungsfelder der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit beschreibt und Ansatzpunkte für die Ausarbeitung und Umsetzung von entsprechenden Schwerpunkten und Projekten enthält. An erster Stelle steht mit dem Leitsatz «Starker Standort für Wirtschaft, Arbeit, Wissenschaft und Innovation» ein klares Bekenntnis in Sachen Standortpolitik. Für die nächsten vier bis fünf Jahre sind folgende Schwerpunkte vereinbart: Einsatz für die verstärkte Wahrnehmung der Bodenseeregion, Vernetzung der regionalen Wissenschafts- und Innovationssysteme bzw. Cluster, gemeinsame Zielvorstellungen für Raum und Verkehr sowie Verbesserungen der innerregionalen Verkehrsanbindung. Die Bildung einer Metropolitanregion konnte hingegen in der Strategie der IBK 2018–2022 nicht als Ziel festgehalten werden (vgl. Abschnitt 2.7).

2.6 Sicherheit

Interkantonale Zusammenarbeit im polizeilichen Bereich

Die Kantonspolizei erarbeitete in den vergangenen Jahren in den verschiedensten Fachgremien gemeinsame Lösungen für anstehende Probleme. Die interkantonale Zusammenarbeit im polizeilichen Bereich findet neben einem fallbezogenen Austausch schwergewichtig in den Konferenzen und Arbeitsgruppen des Ostschweizer Polizeikonkordats (sGS 451.21) statt.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit zur Bewältigung von Katastrophen

Im Bevölkerungs- und Zivilschutz entsteht seit rund zwei Jahren eine neue Dimension der Zusammenarbeit im Rahmen der IBK. Dabei wird die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zur Bewältigung von Katastrophen und Notlagen auf operativer Ebene (d.h. auf der obersten Arbeitsebene) im Sinn des integralen Risikomanagements systematisiert und koordiniert. Es werden keine neuen Gremien geschaffen, sondern die bestehenden kantonalen und nationalen Konzepte zur Ereignisbewältigung aufeinander abgestimmt, Lagebilder systematisch ausgetauscht und die Kommunikation und Information inhaltlich sowie zeitlich koordiniert. Es ist ebenfalls vorgesehen, die Streitkräfte der beteiligten Staaten subsidiär miteinzubeziehen.

2.7 Raumplanung/Verkehr

Metropolitanraum Bodensee

Wie in Abschnitt 2.5 ausgeführt, konnte in der Strategie der IBK 2018–2022 die Bildung einer Metropolitanregion nicht als Ziel festgehalten werden. In der Folge nahmen sich hochrangige Vorarlberger und Ostschweizer Akteure aus Wirtschaft und Politik des Themas an. Schliesslich führten die Region Appenzell AR-St.Gallen-Bodensee und Wirtschaft St.Gallen-Bodensee zusammen mit dem Kanton St.Gallen am 21. Januar 2019 ein Forum zur Konstituierung einer Metropolitanregion St.Gallen-Bodensee-Rheintal durch. Die dort vorgestellte «Charta Metropolitanregion St.Gallen-Bodensee-Rheintal» wurde anschliessend einer breiten Vernehmlassung unterstellt. Die Agglomerationen St.Gallen-Bodensee, Rheintal, Werdenberg-Liechtenstein und Wil ebenso wie das Land Vorarlberg, die Kantone Appenzell Ausserrhoden und Appenzell Innerrhoden sowie Wirtschaftsverbände unterstützten die Schaffung einer Metropolitanregion im Grundsatz. Die Charta wurde nach Eingang der Stellungnahmen konsolidiert und den beteiligten politischen und wirtschaftlichen Organisationen/Institutionen zur Beschlussfassung vorgelegt. Der feierliche Akt zur Unterzeichnung der Charta ist auf Ende 2019 bzw. Anfang 2020 geplant. Als Bezeichnung soll «Metropolitanraum Bodensee» verwendet werden.

Agglomerationsprogramme

Im Bereich der Raumplanung und des Verkehrs werden durch die interkantonalen und internationalen Agglomerationsprogramme (AP) die Kooperationen mit den Nachbarkantonen und -ländern massiv gestärkt. In den Aufgabengebieten Siedlungsentwicklung, Bereitstellung der Verkehrsinfrastruktur, Mobilitätsbewältigung und Landschaft werden gemeinsame Strategien, Leitlinien und konkrete Massnahmen erarbeitet und umgesetzt. Der Kanton St.Gallen ist heute an drei interkantonalen AP beteiligt: an den Programmen «St.Gallen-Bodensee», «Obersee» und «Wil». Im Herbst 2019 konnten die Leistungsvereinbarungen für die 3. Generation mit dem Bund unterzeichnet werden. Neben Verkehrsmassnahmen haben die Trägerschaften auch Massnahmen im Bereich Siedlung umzusetzen. Aktuell befinden sich die drei interkantonalen AP in Überarbeitung für die Eingabe als Programme der 4. Generation.

Der Kanton St.Gallen ist weiter an zwei internationalen AP beteiligt: an den Programmen «Werdenberg-Liechtenstein» (mit dem Fürstentum Liechtenstein) und «Rheintal» (mit dem Land Vorarlberg). Im Herbst 2019 konnte im Programm «Werdenberg-Liechtenstein» die Leistungsvereinbarung für die 3. Generation unterzeichnet werden. Ab der 3. Generation werden zum ersten Mal auch ausländische Massnahmen (Fuss- und Veloverkehr, Wendeplatz für Busse) in Liechtenstein mitfinanziert. Neben Verkehrsmassnahmen haben die Trägerschaften auch Massnahmen im Bereich Siedlung und Landschaft umzusetzen. Das Programm befindet sich aktuell in Überarbeitung für die Eingabe als Programm der 4. Generation Mitte 2021.

Neu wird in der 4. Generation auch im Rheintal, zusammen mit dem Land Vorarlberg und den österreichischen Grenzgemeinden, ein grenzüberschreitendes AP erarbeitet werden. Der im Jahr 2016 gegründete Verein «Agglomeration Rheintal» bündelt und koordiniert die Anstrengungen zur Erarbeitung eines erfolgreichen AP für die 4. Generation. Neben dem Kanton St.Gallen beteiligt sich das Land Vorarlberg als Träger des Vereins.

Gesamtverkehrsstrategie des Kantons St.Gallen

Um die Entwicklung des öffentlichen und privaten Verkehrs optimal aufeinander abzustimmen, hat die Regierung im Jahr 2017 eine Gesamtverkehrsstrategie verabschiedet (40.18.02). Diese dient künftig im Kanton St.Gallen als Grundlage für die Erarbeitung der Strassenbauprogramme wie auch der Programme im öffentlichen Verkehr.

Landes- und kantonsverbindende Infrastrukturen

Landes- und kantonsverbindende Infrastrukturen zur optimalen und verträglichen Abwicklung des grenzquerenden Verkehrs werden grossmehrheitlich im Rahmen der AP entwickelt und umgesetzt. Die Projektarbeiten für diese Vorhaben zeichnen sich durch die internationale, nationale und auch interkantonale Zusammenarbeit aus. Die wichtigsten Projekte, die in den letzten vier Jahren entscheidend vorangetrieben werden konnten, sind:

- *Enpassbeseitigung Nationalstrasse St.Gallen, 3. Röhre Rosenberg tunnel mit Zubringer Güterbahnhof:*
Das Bundesamt für Strassen (ASTRA), die Kantone St.Gallen und Appenzell Ausserrhoden, die Stadt St.Gallen und die Gemeinde Teufen haben sich auf eine Bestvariante für die Umsetzung des Zubringers Güterbahnhof geeinigt. Der Zubringer Güterbahnhof ist ein Teilprojekt des Gesamtprojekts Engpassbeseitigung St.Gallen. Die Kapazitätserweiterung durch die 3. Röhre Rosenberg tunnel (insgesamt sieben Fahrspuren) kann die volle verkehrliche Wirkung nur entfalten, wenn der Zubringer Güterbahnhof realisiert wird.
- *Standortentwicklung Wil mit Entwicklungsschwerpunkt Wil West und damit zusammenhängender Verkehrsinfrastrukturentwicklung zur Zentrumsentlastung Wil:*
In der Charta zum Entwicklungsschwerpunkt (ESP) Wil West haben die Kantone Thurgau und St.Gallen sowie die 22 Gemeinden der Regio Wil gemeinsame Ziele für die Standortentwicklung festgelegt.
- *Netzstrategie mittleres Rheintal DHAMK:*
Im Frühjahr 2014 startete der Kanton St.Gallen zusammen mit dem Land Vorarlberg und den Gemeinden Diepoldsau, Hohenems, Altach, Mäder und Oberriet (Kriessern) den Prozess «Netzstrategie DHAMK». Begleitet wurde das Verfahren von einer Fachgruppe aus Vertretungen des Landes Vorarlberg, des Kantons St.Gallen, der Gemeinden und des ASTRA sowie durch eine Begleitgruppe mit verschiedensten Interessenvertretungen. Dazu wurden strategische Ausrichtungen und Massnahmenkonzepte erarbeitet, die in der Folge bewertet wurden. Das Projekt wird mit den erarbeiteten Resultaten in das AP Rheintal 4. Generation überführt.
- *S18 Bodensee-Schnellstrasse:*
Die bestehende Autobahnlücke zwischen St.Margrethen und Dornbirn soll in den kommenden Jahren endlich geschlossen werden. Österreich hat im Jahr 2017 die geplante Strecke als S18 ins Bundesstrassennetz aufgenommen und den Autobahnbetreiber ASFINAG mit dem Vorprojekt beauftragt. Die genaue Linienführung auf österreichischer Seite ist noch offen und soll idealerweise im Jahr 2020 festgelegt werden. Der Anschluss an das Schweizer Nationalstrassennetz ist über den Knoten St.Margrethen an die A1 vorgesehen. Die Projektverantwortung für den Schweizer Anschluss liegt beim ASTRA. Der Auftrag an die ASTRA-Infrastrukturfiliale Winterthur zur Erstellung eines Generellen Projekts (GP) wurde Anfang 2018 erteilt. Die Projektgenerierung wurde im März 2019 abgeschlossen und die Zustimmung erfolgte Anfang April 2019.

Digitalisierung im Verkehrsbereich

Die voranschreitende Digitalisierung im Verkehrsbereich betrifft auch den Kanton St.Gallen. In mehreren internationalen, nationalen und interkantonalen Kooperationen wurden Entwicklungen analysiert sowie die Einflüsse auf die Institutionen evaluiert und mit geeigneten Massnahmen unterstützt. So wurden in den vergangenen vier Jahren folgende Ausprägungen der Digitalisierung durch den Kantons St.Gallen näher beobachtet und analysiert:

- Automatisiertes Fahren, Einsatz automatischer Fahrzeuge im Alltag;
- E-Mobilität (Elektromobilität);
- Intelligente Verkehrssysteme (ITS), dabei insbesondere Verkehrsmanagement und Indikatoren zur Beeinflussung des Verkehrsverhaltens;
- Verkehrserfassung und -modellierung sowie agentenbasierte Verkehrsmodelle.

Öffentlicher Verkehr und Ausbau Eisenbahnnetz

Von 2015 bis 2018 befassten sich die Gremien der Planungsregion Ostschweiz, der die Kantone St.Gallen, Schaffhausen, Thurgau, Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden, Graubünden und Glarus angehören, zusammen mit dem Bundesamt für Verkehr (BAV) und den Bahnen intensiv mit dem Ausbau des Eisenbahnnetzes. Das Bundesparlament hat im Juni 2019 den Ausbauschnitt 2035 des strategischen Entwicklungsprogramms Eisenbahninfrastruktur verabschiedet. Dank der guten Zusammenarbeit der Ostschweizer Kantone konnte einige Verbesserungen für die Ostschweiz erreicht werden. Von grosser Bedeutung ist der im Ausbauschnitt 2035 vorgesehene Brüttener Tunnel. Nur mit dieser Investition sind auch die weiteren Investitionen auf den Achsen Winterthur–St.Gallen–Rheintal und Winterthur–Frauenfeld–Konstanz/Romanshorn zweckmässig. Explizit wird der schon lange geforderte Knoten St.Gallen nun umgesetzt. Auch hat das Bundesparlament beschlossen, die letzte Doppelspurlücke zwischen Genf und St.Margrethen in Rorschach zu schliessen. Mitentscheidend war ein gemeinsames Schreiben aller für den öffentlichen Verkehr verantwortlichen Regierungsmitglieder der Ostschweiz an die Mitglieder des Ständerates.

Im Juni 2019 hat der Kanton St.Gallen den Vorsitz der Kommission Verkehr in der IBK übernommen. Hauptthemen in den vergangenen Jahren war die Erarbeitung der E-Charta und der Strategie der E-Mobilität. Die Kommission beantragte ferner über den Ständigen Ausschuss den Regierungschefs der IBK, die Verlängerung der S7 von Romanshorn über Rorschach nach Bregenz und Lindau zu unterstützen. Die Regierungschefs stimmten dem am 27. Juni 2019 zu.

Im grenzüberschreitenden öffentlichen Verkehr mit Vorarlberg konnte ein Durchbruch erreicht werden. Bis Dezember 2020 werden die Tarifverbände ein Jobticket anbieten können. Damit lässt sich die herausfordernde Situation der sehr unterschiedlichen Tarife im öffentlichen Verkehr zwischen der Schweiz und Österreich zumindest für Grenz-Pendlerinnen und -Pendler entschärfen.

2.8 Kultur

Kooperative Förderinitiativen zur Stärkung des kulturellen Angebots

Im Bereich der Kultur konnten die Aktivitäten im bewährten Rahmen innerhalb der Ostschweiz, der Schweiz, des Bodenseeraums sowie dem weiteren deutschsprachigen Raum gepflegt und weiterentwickelt werden. Mit dem «Tanzplan Ost» (koordinierte Tanzförderung der Ostschweizer Kantone und des Fürstentums Liechtenstein), dem «Heimspiel» (gemeinsames Ausstellungsprogramm der Ostschweizer Kantone, des Fürstentums Liechtenstein und des Landes Vorarlberg im Bereich der bildenden Kunst) und der Kulturvermittlungsplattform «kklick», die gemeinsam mit den Kantonen Appenzell Ausserrhoden, Thurgau und neu Glarus angeboten wird, laufen wichtige und wertvolle kooperative Förderinitiativen, die das kulturelle Angebot in der Ostschweiz stärken. Seit dem Jahr 2019 arbeiten die Ostschweizer Kantone und das Fürstentum Liechtenstein zudem in einem gemeinsamen Förderprogramm zum Buch- und Literaturwesen sowie die Kantone Appenzell Ausserrhoden, Thurgau und St.Gallen im Förderprogramm «TaDA», Textiles in der Ostschweiz, eng zusammen.

3 Herausforderungen und Trends der Aussenbeziehungen

Personen-, Waren-, Finanz- und Verkehrsströme verlaufen im Zuge der Globalisierung, der Digitalisierung und der zunehmenden Mobilität verstärkt über kantonale und staatliche Grenzen hinweg. Dies hat zur Folge, dass viele Aufgaben sinnvollerweise über die Kantons- und Landesgrenzen in *funktionalen Räumen* bewältigt werden müssen. Die Bevölkerung wird mobiler und legt längere Wege zwischen Arbeits-, Wohn- und Freizeitort zurück. Dies ist möglich dank neuer Technologien und leistungsfähigeren Infrastrukturen. Die sozioökonomische Realität spielt sich dadurch immer weniger in den Grenzen der Gemeinden und des Kantons ab. Auf das Auseinanderdriften der politischen Entscheidungs- sowie der tatsächlichen Lebens- und Aktivitätsräume haben die formellen Strukturen in den vergangenen Jahren nur begrenzt Antworten gefunden.⁴ Intensive Beziehungen und gewinnbringende Kooperationen auf allen Ebenen sind daher unabdingbar.

Die *Mobilität* nimmt stetig zu, digitalisiert sich und bildet die Basis des Lebens und Wirtschaftens. Die *Vernetzung* von Menschen und von Maschinen wirkt sich in einer digitalen Mobilität aus. Sie ermöglicht die effiziente Nutzung der Bewegungspotenziale. Räumliche Distanzen werden mit modernen Arbeitsmodellen, mit ortsungebundenen Freizeitaktivitäten und digital gestützten Beziehungsformen überwunden. Territoriale Grenzen verlieren an Bedeutung, strukturungebundene Unternehmen und Organisationen gewinnen an Einfluss.⁵ Umso wichtiger ist es, dass Kantone die Möglichkeiten im Rahmen ihrer Aussenbeziehungen nutzen und mit diesem Trend gehen. Die Vernetzung über die Kantonsgrenze hinaus muss als gewinnbringende Möglichkeit in den verschiedensten Bereichen in Betracht gezogen werden.

Entscheidung von internationalen Organisationen sowie der Europäischen Union (EU) wirken sich stark auf die Kantone aus. Aufgrund der zunehmend komplexen *Europapolitik* wird die Interessenvertretung der Kantone immer anspruchsvoller. Oft sind bei Verhandlungen mit der EU Bundes- und kantonale Aufgabenbereiche betroffen. Die Kantone sind gefordert, sich früh und aktiv einzubringen, wenn es darum geht, sich bei europapolitischen Fragestellungen zu positionieren. Die Entwicklungen müssen sowohl aus fachlicher als auch übergeordneter politischer Sicht von den Kantonen verfolgt werden, damit sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten mitgestalten und dem zunehmenden Kompetenzverlust aufgrund der Bundesgesetzgebung oder der Abkommen mit der EU entgegenwirken können.

Bundesentscheide haben häufig direkte oder indirekte Auswirkungen auf die Kantone. In den letzten Jahren konnten eine schleichende Zentralisierung der Gesetzgebung und damit verbunden eine Einschränkung der Handlungsfreiheit der Kantone festgestellt werden. Die Umsetzung des Bundesrechts geschieht zu einem grossen Teil durch die Kantone. Die Kantone sind deshalb gefordert, sich bereits in der Phase der Rechtsetzung einzubringen, damit vollzugstaugliche und kostensparende Bundesgesetze entstehen. Auch während der parlamentarischen Phase auf Bundesebene ist es von grundlegender Bedeutung, dass der Kanton seine Anliegen einbringt und seine Interessen in Vorlagen mit Bedeutung für den Kanton St.Gallen vertritt.

In den letzten Jahren ist die Schweiz vermehrt unter ausländischen Druck geraten, *internationale Regelungen* zu übernehmen, insbesondere im Finanz- und Steuerbereich. Der verstärkte *Standortwettbewerb*, der starke Franken und der Wettbewerb um Fachkräfte sind eine Herausforderung für den Kanton St.Gallen als exportorientierten Kanton. Er ist in den kommenden Jahren herausgefordert, seine erfolgsversprechende Lage im Dreieck München–Mailand–Zürich zu nutzen und strategische Partnerschaften einzugehen, die ihm einen Mehrwert bringen.⁶

⁴ Siehe Schwerpunktplanung der Regierung 2017–2027 (28.17.01), Schwerpunkt 1, S. 10.

⁵ Siehe Schwerpunktplanung der Regierung 2017–2027 (28.17.01), Schwerpunkt 1, S. 10.

⁶ Siehe Schwerpunktplanung der Regierung 2017–2027 (28.17.01), Schwerpunkt 2, S. 14.

Das herausragende Bildungsangebot im Kanton St.Gallen, die Nähe zur KMU-geprägten Wirtschaft⁷ sowie zu global ausgerichteten Industrieunternehmen sind entscheidende Vorteile gegenüber anderen Kantonen. Der Trend zur *Wissenskultur* und der Wandel zur *Wissensgesellschaft* verstärken diese Vorteile in den kommenden Jahren. Wichtige Standortfaktoren sind daher die Durchlässigkeit und die Qualität von Bildungseinrichtungen, deren regionale, nationale und internationale Vernetzung sowie der Wissenstransfer zwischen Forschung, Bildung und Wissenschaft.⁸ Innovationen in der Forschung entstehen selten innerhalb einzelner Fachgebiete, sondern viel häufiger durch die Verknüpfung von Wissen und Erfahrungen aus verschiedenen Branchen sowie durch die interdisziplinäre Vernetzung kreativer Arbeitskräfte.

Urbane Räume und regionale Zentren sind Orte der Zukunft, von denen Impulse für funktionale Räume ausgehen. Mit dem Trend zur Stärkung der urbanen Räume erleben diese eine Renaissance als Lebens- und Kulturraum.⁹ Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung haben die *Metropolitanräume* der Schweiz an Bedeutung gewonnen. Für die Kantone ist es wichtig, sich im Rahmen dieser Metropolitanräume aktiv einzubringen, um einerseits die funktionalen Wirtschafts- und Lebensräume mitzugestalten und eine effiziente Zusammenarbeit in der Region zu fördern, um andererseits aber auch regionalen Eigeninteressen zum Durchbruch zu verhelfen.

4 Künftige strategische Ausrichtung

Die Regierung definiert aufgrund der genannten Trends und Herausforderungen die folgenden strategischen Eckpunkte für die Aussenbeziehungen des Kantons St.Gallen für die Jahre 2020 bis 2024:

- Der Kanton St.Gallen erfüllt seine Aufgaben in Abstimmung mit den Gemeinden, den Regionen und den Nachbarn *effizient* unter Berücksichtigung der *funktionalen Räume*.
- Der Kanton St.Gallen ist ein *verlässlicher Partner* und legt grossen Wert auf eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Er spielt eine *aktive Rolle* und setzt seine Interessen *wirkungsvoll* und *sichtbar* um.
- Die Regierung geht Herausforderungen vernetzt an und strebt *strategische Partnerschaften* so an, dass wirkungsvolle, effiziente und effektive Lösungen entstehen.
- Der Kanton St.Gallen positioniert sich als *starker Kanton* in der *Ostschweiz* und fördert die *Gesamtwahrnehmung* der Ostschweiz.
- Die Regierung fördert eine Intensivierung der Zusammenarbeit unter den Ostschweizer Kantonen. Sie strebt eine *ergebnisorientierte Sachpolitik* insbesondere im Rahmen der regionalen Fachdirektorenkonferenzen der Ostschweizer Kantone an und sucht vermehrt *Allianzen* bei der Interessenvertretung auf Bundesebene.
- Eine aktive und umfassende *Interessenvertretung auf Bundesebene* ist ein Hauptschwerpunkt der Aussenbeziehungen. Die Regierung setzt sich in der Zusammenarbeit mit den st.gallischen National- und Ständeräten dafür ein, dass die Anliegen des Kantons St.Gallen proaktiv, wirksam und rechtzeitig eingebracht werden.

⁷ KMU = kleine und mittlere Unternehmen.

⁸ Siehe Schwerpunktplanung der Regierung 2017–2027 (28.17.01), Schwerpunkt 2.1, S. 16.

⁹ Siehe Schwerpunktplanung der Regierung 2017–2027 (28.17.01), Schwerpunkt 1, S. 10.

- Die *Zusammenarbeit mit den Nachbarn* erfolgt *themenorientiert* und *interessengeführt*. Die Kontakte und Themen sind vielfältig. Ziel der Regierung ist es in allen Fällen, die Zusammenarbeit mit den Nachbarn *gewinnbringend* auszugestalten.
- Die Regierung nutzt die Mitgliedschaft in interkantonalen, nationalen und internationalen *Gremien* aktiv, um die Anliegen des Kantons St.Gallen einzubringen, sein Potenzial weiterzuentwickeln und die Vernetzung zu stärken.
- Der Austausch und die Zusammenarbeit mit den Nachbarn erhöhen die Effizienz des Kantons St.Gallen, fördern den *Wissenszuwachs* und ermöglichen die gemeinsame Nutzung von *Synergien* und *Ressourcen*. Der verbesserte Informationsfluss unterstützt die wissensintensive und innovationsgeprägte Wirtschaft und stärkt den Wirtschaftsstandort.

Die in der Staatskanzlei angesiedelte Koordinationsstelle für Aussenbeziehungen (KAB) fördert die vielfältigen Kooperationen im grenzüberschreitenden Bereich und dient Regierung und Verwaltung als Kompetenzzentrum für Fragen im grenzüberschreitenden Kontext. Ferner führt die KAB das Sekretariat der Ostschweizer Regierungskonferenz sowie in deren Auftrag die Interreg-Netzwerkstelle Ostschweiz. Damit ermöglicht das breite Tätigkeitsfeld der KAB die optimale Nutzung von Synergien im grenzüberschreitenden Netzwerk. Mit ihrem grossen Erfahrungsschatz kann die KAB ihren Teil zum Gelingen von grenzüberschreitenden Kooperationen und zur Umsetzung der strategischen Ausrichtung beitragen.

5 Thematische Handlungsfelder 2020–2024

Für die nächsten vier Jahre stehen im Bereich der Aussenbeziehungen des Kantons St.Gallen die Handlungsfelder «Politische Netzwerke pflegen», «Innovationsfähigkeit stärken», «Funktionale Räume aktiv gestalten», «Standort Ostschweiz stärken», «Pionierarbeit leisten» und «Bestehende Kooperationen festigen und weiterentwickeln» im Zentrum. Unter jedem Handlungsfeld werden die zugehörigen Projekte kurz skizziert, die auf der operativen Ebene derzeit geplant sind. Die Handlungsfelder sind zur Bewältigung der geschilderten Herausforderungen und Trends von entscheidender Bedeutung.

5.1 Politische Netzwerke pflegen

Der Kanton St.Gallen gilt als verlässlicher Partner in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Er pflegt intensive und vertrauensvolle Beziehungen mit seinen Nachbarn und engagiert sich aktiv in den interkantonalen, nationalen und grenzüberschreitenden Gremien. Er wird als starker und lösungsorientierter Partner wahrgenommen. Auf eidgenössischer Ebene werden rechtzeitig, wirksam und wenn nötig in Allianzen mit anderen Kantonen die Interessen des Kantons St.Gallen bzw. der Ostschweiz vertreten.

Sich Gehör in der Bundespolitik verschaffen

Die Regierung steht in regelmässigem Kontakt mit den st.gallischen Mitgliedern der Bundesversammlung und bringt die Interessen des Kantons bei wichtigen Bundesvorlagen ein. Dies geschieht im Vorfeld und während der parlamentarischen Beratung. Ebenfalls werden der persönliche Kontakt und der Austausch gepflegt.

Mitwirkung in der Aussen- und Innenpolitik

Wenn es um aussen- und europapolitische Themen sowie um wichtige staatspolitische Fragen im Allgemeinen und des Föderalismus im Besonderen geht, ist die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) die bedeutendste interkantonale Institution und Ansprechpartnerin des Bundes. Der

Kanton St.Gallen bringt seine Interessen u.a. direkt oder aktiv via Stellungnahmen zu Positionsbezügen ein. Folgende Projekte sind aktuell und in den nächsten Jahren für den Kanton St.Gallen von besonderer Bedeutung:

- Mitwirkung in der Aussen- und Europapolitik des Bundes;
- Überprüfung der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen;
- E-Government und Digitalisierung;
- Integrationsagenda Schweiz.

Ostschweizer Allianzen anstreben

Das Kerngremium der Zusammenarbeit zwischen den Ostschweizer Kantonsregierungen ist die Ostschweizer Regierungskonferenz (ORK). In jenen Themenbereichen, in denen ein gemeinsamer Nenner besteht, kann eine Zusammenarbeit zwischen den Ostschweizer Kantonen gelingen. In den letzten Jahren sind die Ostschweizer Kantone vermehrt gemeinsam für Ostschweizer Anliegen in der Bundespolitik eingestanden (zum Beispiel Bahninfrastruktur, Zollstellenschliessungen, Agroscope, Swiss Skills, Vertretung aus der Ostschweiz im Bundesrat). Es wird aber auch in Zukunft eine Herausforderung bleiben, angesichts der Heterogenität der Ostschweizer Kantone, der unterschiedlichen Interessenslage sowie der unterschiedlichen Ausrichtung auf verschiedene Zentren mit geeinter Stimme auf eidgenössischer Ebene zu sprechen und für gemeinsame Anliegen aufzutreten.

Derzeit prüfen die vier Kantone St.Gallen, Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden und Thurgau eine engere Zusammenarbeit. Bis Ende Jahr läuft eine Abklärung in den vier Kantonen, in der konkrete Zusammenarbeitsbereiche eruiert werden, die in den nächsten Jahren angegangen werden sollen.

Aktiv im Metropolitanraum Zürich mitwirken

Die Verflechtungen der Räume Rapperswil-Jona und Wil mit dem Metropolitanraum Zürich sind eng und vielfältig. Die Entwicklung der Wirtschafts- und Lebensräume des Metropolitanraums Zürich zeigt damit Auswirkungen in Teilen des Kanton St.Gallen. Der Kanton St.Gallen bringt sich daher als Vollmitglied im Verein und in der Regierungskonferenz des Metropolitanraums Zürich ein. Aus Sicht der Regierung ist es sinnvoll, sowohl dem Metropolitanraum Zürich anzugehören als auch einen eigenen Metropolitanraum Bodensee anzustreben und damit in verschiedenen Räumen aktiv zu sein. In den nächsten Jahren werden Projekte in den Handlungsfeldern Wirtschaft, Verkehr, Lebensraum und Gesellschaft umgesetzt.

Zusammenarbeit im Bodenseeraum weiterentwickeln

Die Internationale Bodensee Konferenz (IBK) hat zum Ziel, die Bodenseeregion als attraktiven Lebens-, Natur-, Kultur-, Wissenschafts- und Wirtschaftsraum zu erhalten und zu fördern. Ferner sollen die regionale Zusammengehörigkeit und die gesellschaftliche Weiterentwicklung gestärkt werden. Die IBK versteht sich als politisches Dach der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Regierungen, der Länder und der Kantone in der Bodenseeregion. Der Kanton St.Gallen wird im Jahr 2021 den Vorsitz in der IBK führen.

Die IBK-Strategie sieht für die Jahre 2018 bis 2022 folgende zentralen Handlungsfelder für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit vor:

- starker Standort für Wirtschaft, Arbeit, Wissenschaft und Innovation;
- vielfältige Raumstruktur und zukunftsfähige Verkehrsanbindung;
- einmaliger Natur- und Landschaftsraum;
- attraktive Region mit hoher Lebensqualität.

Die IBK führt in regelmässigen Abständen sogenannte Delegationsreisen nach Brüssel durch, um die Beziehungen der Schweiz zur EU sowie die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bodenseeraum zu thematisieren. Die Regierung erachtet diesen Austausch als gewinnbringend und

nutzt diese Netzwerkpflege aktiv. Im November 2019 führte die IBK zum ersten Mal eine Delegationsreise nach Bern durch, um auf die Anliegen der Bodenseeregion aufmerksam zu machen. Die politischen Vertreterinnen und Vertreter hatten die Möglichkeit, sich mit Mitgliedern des Bundesrates auszutauschen und die Potenziale und Anliegen der Wissensregion und des Wirtschaftsraums Bodensee zu thematisieren.

Gemeinsame Lösungen für Alpenthemata finden

Die Arbeitsgemeinschaft Alpenländer (Arge Alp) will in erster Linie die Zusammenarbeit unter den Alpenregionen fördern und die Interessen des Alpenraums gegenüber der Europäischen Union und den jeweiligen Nationalstaaten vertreten. Die Arge-Alp-Strategie sieht vor, dass in den nächsten Jahren die zentralen Handlungsfelder Klimawandel, Migration und Integration sowie Mobilität und Konnektivität angegangen werden. In den letzten Jahren hat die Arge Alp an politischem Einfluss verloren. Es gilt daher mit verschiedenen Anstrengungen zu erreichen, dass die Arge Alp auf dem politischen Parkett stärker wahrgenommen wird. Dies gilt umso mehr, als die Zusammenarbeit und die daraus entstehenden Kontakte auf der technischen und politischen Ebene für den Kanton St.Gallen wertvoll sind. Die Arge Alp ermöglicht es dem Kanton St.Gallen, sich insbesondere über relevante Themen wie Schwerverkehr, Klimawandel oder Forstwirtschaft auszutauschen. Der Kanton St.Gallen wird im Jahr 2022/2023 den Vorsitz in der Arge Alp führen.

Im Rahmen der Arge Alp beteiligt sich der Kanton St.Gallen an Projekten und Aktivitäten der makroregionalen Strategie für den Alpenraum (EUSALP). Die Mitarbeit erfolgt insbesondere in der Aktionsgruppe 9, die sich den Themen des effizienten Einsatzes von Energie und der Produktion von erneuerbaren Energien im privaten wie im öffentlichen Bereich im Alpenraum zuwendet.

Interreg-Programm als Grundlage für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit nutzen

Eine wichtige Basis für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist das Interreg-A-Programm Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein (ABH). Die fünfte Förderperiode endet im Jahr 2020. In gemeinsamen Programmierungssitzungen bereiten sich derzeit die EU-Partner und die am ABH-Beteiligten Kantone auf die sechste Förderperiode 2021–2028 vor. Die Partizipation wird von den Kantonen und vom Bund als positiv wahrgenommen. Die Ostschweizer Regierungskonferenz hat sich im Jahr 2017 für eine Fortführung der Schweizer Beteiligung am Interreg-A-Programm ABH im Rahmen der sechsten Förderperiode ausgesprochen. Folgende Handlungsfelder stehen in der kommenden Förderperiode im Fokus: Innovation/Bildung, Mobilität, Tourismus, Umwelt, Fachkräftemangel und grenzüberschreitende Kooperation.

Internationale Kontakte pflegen

Mit der Region Liberec in Tschechien verbindet den Kanton St.Gallen eine langjährige Partnerschaft. Ein besonderer Aspekt dieser Partnerschaft ist das konkrete Fachprogramm, das jeweils konkrete Fachaustausche für drei Jahre vorsieht. Der Austausch ergibt auch für die st.gallischen Fachdelegationen einen Mehrwert: Vielfach können Anregungen und Best-Practice-Beispiele mit nach Hause genommen werden.

Ferner bestehen zwischen dem Friuli in Italien und dem Kanton St.Gallen enge Beziehungen. Der Verein «Pro Friuli» pflegt in Zusammenarbeit mit dem Kanton St.Gallen die kulturellen und gesellschaftlichen Beziehungen beider Regionen.

5.2 Innovationsfähigkeit stärken

Der Kanton St.Gallen verfügt über herausragende, breit vernetzte und innovative Bildungs-, Wissenschafts- und Forschungsinstitutionen, die mit der Wirtschaft eng verflochten sind. Die Regierung fördert die Vernetzung der Institutionen untereinander und mit der Wirtschaft.

Innovationspark Ost

Die Regierung misst der Stärkung des Innovationsstandorts Ostschweiz eine hohe strategische Bedeutung bei. Mit einem Anschluss an das nationale Innovationsnetzwerk würden unter anderem der Stellenwert des Wirtschaftsraums Ost im nationalen Verbund gestärkt und die internationale Positionierung verbessert. Ein Netzwerkstandort würde zudem sicherstellen, dass der Wirtschaftsraum Ost einerseits direkt von den Investitionen des Bundes in Form von verbürgten, zweckgebundenen Darlehen in Forschung und Entwicklung über 350 Mio. Franken profitieren könnte und andererseits direkt ins nationale Innovationsnetzwerk eingebunden ist. Aus diesen Gründen spricht sich die Regierung für eine Bewerbung um einen Netzwerkstandort aus.

Der Innovationspark Ost soll im Sinn einer Public-Private-Partnership als Aktiengesellschaft ausgestaltet werden. Neben dem Kanton St.Gallen, der den Aufbau des Innovationsparks Ost mit einer Anschubfinanzierung unterstützt, sollen auch Forschungsinstitutionen, Firmen, Verbände und Stiftungen Aktionäre des Innovationsparks Ost werden. Mit den Innovationsschwerpunkten Gesundheit, Digitalisierung sowie MEM-Industrie (Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie) fokussiert sich der geplante Innovationspark Ost auf Kernkompetenzen der Ostschweizer Wirtschaft sowie der Ostschweizer Forschungsinstitutionen, namentlich der Eidgenössischen Materialprüfungs- und Forschungsanstalt (Empa), der HSG und des Kantonsspitals St.Gallen.

Der Kanton St.Gallen hat sein Bewerbungsdossier Mitte Juli 2019 zur Vorprüfung eingereicht. Zuständig hierzu ist die Stiftung «Switzerland Innovation», die Dachorganisation des Innovationsnetzwerks. Aufgrund der Vorprüfung und der allenfalls verlangten Korrekturen entscheidet die Regierung anschliessend über die definitive Bewerbung. Die Regierung beabsichtigt, das Dossier im Jahr 2020 einzureichen. Gemäss dem öffentlich-rechtlichen Vertrag zwischen dem Bundesrat und der Stiftung Switzerland Innovation über den Innovationspark entscheidet der Bundesrat über die Aufnahme neuer Standorteinträge. Der Kanton St.Gallen steht aktuell in Gesprächen mit den angrenzenden Kantonen und dem Fürstentum Liechtenstein. Laufend aktualisierte Informationen zum Stand der Arbeiten zur Bewerbung «Innovationspark Ost» finden sich auf der Webseite www.innovationspark-ost.ch.

Digitalisierungsinitiative Bodensee

Das Internet der Dinge, Industrie 4.0, Data Science: Neue Technologien und verändertes Denken führen zu einem grundlegenden Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft. Insbesondere KMU, die nicht über die materiellen und personellen Ressourcen der globalen Player verfügen, stellt die digitale Transformation vor grosse Herausforderungen. Mit dem Projekt «Digitalisierungsoffensive Bodensee», an dem der Kanton St.Gallen aktiv teilnimmt, führt die IBK die Digitalisierungsaktivitäten der Länder und Kantone rund um den See zusammen. Ziel des Projekts ist es, den KMU den Zugang zu den digitalen Kompetenzen zu erleichtern.

Modellregion Kooperation Hochschulen

Die Internationale Bodenseehochschule (IBH) ist der grösste hochschulartenübergreifende Verbund Europas. Die IBH vereint unter einem Dach 30 Hochschulen aus Deutschland, Liechtenstein, Österreich und der Schweiz (u.a. die Universität St.Gallen, die Pädagogische Hochschule St.Gallen sowie die FHS St.Gallen, Hochschule für Angewandte Wissenschaften) und hat sich zu einem europaweit beachteten Kooperationsmodell entwickelt. Die Zusammenarbeit erfolgt in den

Bereichen Forschung, Lehre und Transfer. Mit ihren Projekten leisten die IBH und ihre Mitglieds-hochschulen einen international sichtbaren Beitrag für das regionale Innovationssystem Bodensee.

5.3 Funktionale Räume aktiv gestalten

Öffentliche Leistungen werden konsequent unter der Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips auf die Bedürfnisse der Bevölkerung im tatsächlichen Lebensraum ausgerichtet. Das Raumkonzept St.Gallen und die Agglomerationsprogramme sind hierbei wichtige Bausteine. Der Kanton St.Gallen erfüllt seine Aufgaben in Abstimmung mit den Gemeinden, den Regionen und den Nachbarn effizient in funktionalen Räumen.

Fortschreibung Agglomerationsprogramme

Derzeit befinden sich alle AP in der Er- bzw. Überarbeitung. Die Programme der 4. Generation müssen dem Bund Mitte 2021 zur Prüfung abgegeben werden. In den Agglomerationen «St.Gallen-Bodensee» und «Wil» steht eine Aktualisierung bzw. Fortschreibung des Programms im Mittelpunkt. In den Agglomerationen «Obersee» und «Werdenberg-Liechtenstein» sind teils weiterführende, teils neue konzeptionelle Grundlagenarbeiten notwendig.

Neues Agglomerationsprogramm Rheintal

Die Erarbeitung eines erfolgreichen, internationalen AP «Rheintal» hat für den Kanton eine hohe strategische Priorität. Grosses Potenzial liegt im grenzüberschreitenden Fuss- und Veloverkehr. Im Rahmen des AP werden auch die konzeptionellen Grundlagen im Bereich motorisierter Individualverkehr weiterentwickelt. Hier wird u.a. eine grenzüberschreitende, hochklassige Strassenverbindung im Raum Diepoldsau (DHAMK) weiterverfolgt. Im Bereich öffentlicher Verkehr wird zudem geprüft, welche Möglichkeiten bestehen, das grenzüberschreitende Netz zu verbessern und die unterschiedlichen Tarifstrukturen auszugleichen. Ausserdem erarbeitet die Region im Bereich Siedlung Strategien zum Umgang mit und zur Abstimmung von Arbeitsgebieten.

Zielbild Raum und Verkehr

Im Leitbild der IBK werden ein gemeinsames Raumverständnis für die Bodenseeregion postuliert sowie eine gemeinsame und nachhaltige Raumentwicklung gefordert. Bislang fehlen gemeinsame Eckpunkte, wie sich die Bodenseeregion räumlich auf lange Sicht entwickeln soll. Zudem hemmen unterschiedliche rechtliche Vorgaben eine grenzüberschreitende Abstimmung. Mit dem Projekt «Zielbild Raum und Verkehr» soll ein strategisches Zielbild Raum und Verkehr 2030 für den Bodenseeraum erarbeitet werden.

Hochwasserschutz «Rhesi»

Die Internationale Rheinregulierung (IRR) wird innerhalb der kommenden zwei bis drei Jahre das Genehmigungsprojekt für «Rhesi» (Rhein, Erholung und Sicherheit) erarbeiten. Im Anschluss soll die öffentliche Planaufgabe im Land Vorarlberg und im Kanton St.Gallen durchgeführt werden. Die Schweiz und Österreich werden in den nächsten zwei bis drei Jahren den Staatsvertrag verhandeln. Ein neuer Vertrag ist aufgrund des Ausbauprojekts Rhesi und den veränderten Projektzielen erforderlich. Erst mit dem neuen Staatsvertrag kann mit der Umsetzung des Projekts «Rhesi» begonnen werden.

Ertüchtigung Rheindämme

Aufgrund der Ergebnisse aus den Untersuchungen der Rheindämme zwischen Bad Ragaz und Rüthi wurde in den letzten Monaten zusammen mit dem Fürstentum Liechtenstein das gemeinsame Projekt «Ertüchtigung Rheindämme FL/SG» gestartet. Das Projekt sieht vor, dass auf dem Rheinabschnitt FL/SG ein gemeinsames Sanierungsprojekt für die Hochwasserdämme erarbeitet

wird. Die Umsetzungsdauer und -kosten für die Dämmertüchtigungen werden im Zuge der weiteren Projektierungsschritte geklärt werden. Die Ertüchtigung der Dämme stellt neben dem Projekt Rhesi für den Wirtschafts- und Lebensraum Rheintal eines der wichtigen Projekte der kommenden Jahre dar.

Entwicklungsschwerpunkt Wil West

Mit dem Entwicklungsschwerpunkt (ESP) Wil West entsteht ein attraktiver Standort mit hoher Lebens- und Aufenthaltsqualität. Gleichzeitig wird die Verkehrssituation in der gesamten Region über Kantons- und Gemeindegrenzen hinaus deutlich verbessert. In der Charta zum ESP Wil West haben die Kantone Thurgau und St.Gallen sowie die 22 Gemeinden der Regio Wil gemeinsame Ziele für die Standortentwicklung festgelegt. Durch diese einzigartige Zusammenarbeit wird das Generationenprojekt ESP Wil West zu einer nationalen Referenz für eine funktionierende interkantonale und regionale Zusammenarbeit.

Bodanrail

Im Rahmen der IBK soll unter Federführung der IBK-Kommission Verkehr und damit unter dem Lead des Kantons St.Gallen gestützt auf die IBK-Strategie 2018–2022 ein Leitbild für das Bahnangebot im Bodenseeraum entwickelt werden. Ziel des Projekts «Bodanrail» ist es, bis ins Jahr 2021 die Probleme der Grenzübergänge in die nationalen Bahnplanungen einzubringen sowie die nationalen und kantonalen Planungen kontinuierlich aufeinander abzustimmen.

E-Mobilität Bodensee

In der E-Mobilität liegen enorme Chancen, auch im Bodenseeraum. So bestehen in der Bodenseeregion in Bezug auf E-Mobilität zahlreiche Aktivitäten, aber vereinzelt und nicht für den ganzen Bodenseeraum nutzbar. Projektziel ist, das Potenzial der E-Mobilität im Bodenseeraum zur Erreichung eines nachhaltigen Energie- und Verkehrssystems vorbildlich auszuschöpfen. Mit der E-Charta kann im Bereich der Akzeptanz, der Verhaltensänderung und der Kommunikation ein Zeichen für regionale Zusammenarbeit gesetzt werden. Der Kanton St.Gallen hat die E-Charta im Juni 2019 unterzeichnet.

Verbesserungen im grenzüberschreitenden öffentlichen Verkehr

Für die Verbindungen im öffentlichen Verkehr nach Vorarlberg und ins Fürstentum Liechtenstein sollen in den nächsten Jahren Verbesserungen erreicht werden. Zudem sollen Vereinfachungen der Tarife und des Zugangs zu den Tickets des öffentlichen Verkehrs bei grenzüberschreitenden Verbindungen u.a. mit dem Ziel realisiert werden, einen Teil der rund 7'000 Pendlerinnen und Pendlern aus Vorarlberg in den Kanton St.Gallen vom motorisierten Individualverkehr hin zum öffentlichen Verkehr zu lenken.

5.4 Standort Ostschweiz stärken

Mit dem «Metropolitanraum Bodensee» wird der Wirtschaftsraum im Standortwettbewerb positioniert und ein wahrnehmbares Profil geschaffen. Der Kanton St.Gallen strebt in der Folge eine Anerkennung als «Metropolitanraum» im Raumkonzept Schweiz an.

Metropolitanraum Bodensee

In der Schweiz haben Metropolitanräume in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Damit die Stellung der Ostschweiz bei regionalpolitischen Diskussionen und bei bundespolitischen Entscheidungen gestärkt und der Standort Ostschweiz im schweizerischen Wettbewerb erfolgreich positioniert wird, ist es unabdingbar, dass der internationale metropolitane Wirtschafts-, Bildungs- und Lebensraum St.Gallen-Bodensee-Rheintal entsprechend seinen vorhandenen Leistungen positioniert wird.

Das Projekt «Metropolitanraum Bodensee» hat für die Regierung eine hohe strategische Priorität. Trotz starker Verflechtungen mit dem Wirtschaftsraum Zürich weist der Wirtschaftsraum Ostschweiz eine Eigenständigkeit auf. Mit der Initiierung des Metropolitanraums Bodensee soll die Stellung der Ostschweiz bei regionalpolitischen Diskussionen und bei bundespolitischen Entscheidungen, wie etwa bei der Allokation von Mitteln im Infrastrukturbereich, verbessert werden. Nach der Unterzeichnung der «Charta Metropolitanregion St.Gallen-Bodensee-Rheintal», die voraussichtlich Ende Dezember 2019 / Anfang Januar 2020 stattfinden wird, sind gemeinsame Anstrengungen mit Blick auf die für den Gesamttraum zentralen Themen zu forcieren. Die Rahmenbedingungen für eine langfristig erfolgreiche Entwicklung sind zu verbessern. Insbesondere sind die Voraussetzungen zu schaffen, dass der Metropolitanraum Bodensee im Rahmen der Überarbeitung des Raumkonzepts Schweiz in dasselbe aufgenommen wird. Mit der Überarbeitung des Raumkonzepts Schweiz – voraussichtlich in den Jahren 2020/2021 – besteht die Möglichkeit, dass der Metropolitanraum Bodensee im Raumkonzept Niederschlag findet.

Bahnausbau 2040

Der Regierung ist es ein Anliegen, die gute Zusammenarbeit der Ostschweizer Kantone im Bereich Ausbau des Eisenbahnnetzes fortzuführen und zu intensivieren. Für die nächste Eingabe zum Bahnausbau 2040 des strategischen Entwicklungsprogramms Eisenbahninfrastruktur ist ein einheitlicher Auftritt aller Ostschweizer Kantone geplant. Die Planungsregion Ostschweiz, der die Kantone St.Gallen, Schaffhausen, Thurgau, Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden, Graubünden und Glarus angehören, erarbeiten gemeinsam klare Vorstellungen bis 2022, organisieren die entsprechende mediale Begleitung und sind für den Einbezug der relevanten politischen Vertreterinnen und Vertreter besorgt.

5.5 Pionierarbeit leisten

Der Kanton St.Gallen fällt mit Projekten, die einen pionierartigen Charakter haben, über die Kantonsgrenzen hinaus auf. Mit Offensiven wie z.B. der IT-Bildungsoffensive bringt sich der Kanton St.Gallen schweizweit in eine führende Position. Der Kanton St.Gallen ist ein verlässlicher und starker Partner, wenn es darum geht, zukunftsweisende Projekte zu entwickeln und durch strategische Partnerschaften weiterzubringen.

Digitalisierungsstrategie im Bildungsbereich

Die Plenarversammlung der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) hat am 21. Juni 2018 die Strategie für den Wandel durch Digitalisierung im Bildungsbe-
reich verabschiedet. Mit der Strategie wurden die Ziele der Kantone für den Umgang mit dem Wandel durch Digitalisierung festgelegt. Ein erster Bilanzbericht ist für das Jahr 2022 vorgese-
hen. Die strategischen Ziele sehen vor:

- Der Umgang mit Daten im Bildungswesen, die Art der Nutzung dieser Daten und die Voraussetzungen für die Gewährleistung der Informationssicherheit – Vertraulichkeit, Verfügbarkeit und Integrität – sind geklärt.
- Die Schulen und die Schulleitungen verfügen über die nötigen Kompetenzen und Ressourcen, um sich in der digitalen Welt zu organisieren. Sie nutzen dafür das Potenzial digitaler Technologien.
- Schülerinnen und Schüler und Lernende sind kompetent im Umgang mit der Digitalisierung. Sie werden in ihrer Entwicklung zu eigenständigen und verantwortungsbewussten Bürgerinnen und Bürgern in einer digitalen Welt unterstützt.
- Lehrpersonen haben auch unter den Bedingungen der Digitalisierung die zentrale Rolle für das Lehren und Lernen im Bildungswesen inne. Sie werden darin im Rahmen ihrer Ausbildung und durch Weiterbildungen kontinuierlich gestärkt.
- Die Potenziale, die sich durch die Digitalisierung für die Bildung eröffnen, werden in der Forschung aufgegriffen und für pädagogische Innovation nutzbar gemacht.

- Der Dialog mit den Akteuren, insbesondere in der Privatwirtschaft, ist etabliert.
- Im Netzwerk der Bildungsbehörden sind die Potenziale der Digitalisierung bekannt und werden zu dessen Weiterentwicklung genutzt.

Der Kanton St.Gallen hat mit der IT-Bildungsoffensive die Mehrheit dieser Ziele vorweggenommen und Pionierarbeit geleistet. Der Kanton St.Gallen ist damit in anderen Kantonen auf ein grosses Echo gestossen. Mit der Umsetzung der IT-Bildungsoffensive sollen die Ziele nun nachhaltig erreicht werden.

Strategie Austausch und Mobilität

Bund und Kantone haben im Oktober 2017 eine «Schweizerische Strategie Austausch und Mobilität» verabschiedet. Ziel ist eine qualitative und quantitative Stärkung von Austausch und Mobilität im schulischen Bereich. In der Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021 bis 2024 (Kulturbotschaft) ist entsprechend die finanzielle Stärkung des Sprachaustauschs vorgesehen.¹⁰ Die Kantone verstärken ihre Aktivitäten und finanzieren sie über direkte Leistungen an die Schulen und durch Koordinationsleistungen. Ab 1. September 2019 führen die Regionalen Didaktischen Zentren der Pädagogischen Hochschule St.Gallen ein neues Dienstleistungsangebot für die Schulen zum Sprachaustausch. Dieses besteht aus Information, Beratung, Vernetzung und Entwicklung von Vorschlägen für Austauschmöglichkeiten. Das Amt für Volksschule und der Verband St.Galler Volksschulträger (SGV) finanzieren das Angebot gemeinsam. Die Leistungsvereinbarung ist vorerst auf fünf Jahre ausgelegt. Das Budget beträgt jährlich Fr. 20'000.–. Damit wird ein Teil der Schweizerischen Strategie für Austausch und Mobilität umgesetzt.

Digitalisierung im Verkehrsbereich

Automatisierung und Digitalisierung werden die Mobilität und den Verkehr markant verändern. Der Bund begleitet die neuen Möglichkeiten mit grossem Interesse und ist auf verschiedenen Ebenen bereits aktiv. Aufgrund dieser Ausgangslage sind seitens des Kantons St.Gallen mehrere Projekte in Vorbereitung:

- Verkehrsmanagement Kanton St.Gallen: Durch den Einsatz eines neuen ganzheitlichen Verkehrsmanagementsystems soll zur Bewältigung des mittel- bis langfristig zu erwartenden Verkehrsaufkommens die optimierte Nutzung der vorhandenen Strasseninfrastruktur ermöglicht werden. Parallel zum Gesamtkonzept des Verkehrsmanagementsystems wird die Erarbeitung einer Strategie «Intelligentes Transportsystem» (ITS) gestartet. Diese Strategie ergänzt das Gesamtkonzept des Verkehrsmanagementsystems mit Themen der fortlaufenden Digitalisierung (z.B. Fahrzeugsysteme, multimodale Systeme usw.) und wird die entwickelten Systeme auf die zukünftigen Entwicklungen vorbereiten;
- Bevorzugung des öffentlichen Verkehrs mittels Linienenerkennung;
- grenzüberschreitende Verkehrsmodelle (Datengrundlagen, Erfassungen, Modellierungen).

Koordination Informatikaufgaben

Im Rahmen des Vereins Koordination Informatikaufgaben Strassenverkehrsamt (KISTRA), deren Mitglieder 16 Kantone und das Fürstentum Liechtenstein sind, wird in den nächsten rund zwei bis drei Jahren das CARI E-Government entwickelt. Mit dieser Informatiklösung wird ein Kunde einen Grossteil seiner Geschäftsfälle beim Strassenverkehrsamt von zu Hause aus oder unterwegs abwickeln können. Der Kanton St.Gallen wird dabei eine führende Rolle übernehmen.

Cyber-Schutz-Strategie

Der Kanton St.Gallen ist der erste Kanton, der eine kantonale Strategie zum Schutz vor Cyber-Risiken erarbeitet. Der Cyber-Raum kennt keine Grenzen, die Angreifer können irgendwo auf der Welt sein, die Angriffe können eine Vielzahl von Opfer treffen und die Opfer können verstreut auf der ganzen Welt leben. All dies macht den Cyber-Schutz so speziell und anspruchsvoll. Fakt ist,

¹⁰ Vernehmlassungsvorlage abrufbar unter <https://www.bak.admin.ch/bak/de/home/themen/kulturbotschaft.html>.

dass Cyber-Angriffe an sich proaktiv nicht verhindert werden können. Hingegen kann mit geeigneten Massnahmen die Widerstandsfähigkeit und Kompetenz der potenziellen Opfer gegenüber Cyber-Angriffen verbessert bzw. erhöht und damit einhergehend menschliches Fehlverhalten in der digitalen Welt reduziert werden. Um die strategischen Ziele der Regierung erreichen zu können, müssen die Rollen und Aufgaben mit Bezug auf die potenziellen Opfer beim Cyber-Schutz geklärt sein – eine enge kantonale Sicht wäre bestimmt fehl am Platz. Gerade beim Cyber-Schutz ist in funktionellen Räumen zu denken. Aus diesen Gründen müssen die Rollen und Aufgaben der Regierung sowie die Vorgaben und Ziele unter Berücksichtigung der Nationalen Cyber-Schutz-Strategien festgelegt werden.

5.6 Bestehende Kooperationen festigen und weiterentwickeln

Tragfähige Partnerschaften und Kooperationen auf interkantonaler und internationaler Ebene, die sich seit vielen Jahren bewährt haben, werden gefestigt und weiterentwickelt.

Interkantonale Zusammenarbeit im polizeilichen Bereich

Die interkantonale Zusammenarbeit im polizeilichen Bereich wird in bewährten Rahmen fortgeführt. Die interkantonale Zusammenarbeit findet neben einem fallbezogenen Austausch schwer gewichtig in den Konferenzen und Arbeitsgruppen der Ostschweizer Polizeikonkordats «Ostpol» statt.

Neustrukturierung Asylbereich

Die Neustrukturierung im Asylbereich ist eingeführt. Das neue System muss sich sowohl im Tagesgeschäft wie auch im Krisenfall bewähren. Einerseits wird aufgrund des absehbaren Zentrumswechsels – Schliessung des Zentrums Landegg und Eröffnung gegebenenfalls des Zentrums Sonnenblick in Walzenhausen – die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit dem Kanton Appenzell Ausserrhoden auf eine neue Basis gestellt und andererseits wird die Kooperationsbereitschaft der anderen Kantone der Asylregion Ostschweiz (Schaffhausen, Appenzell Innerrhoden, Appenzell Ausserrhoden, Graubünden, Glarus) in Bezug auf die Unterstützung im Wegweisungsvollzug aus den beiden Bundeszentren in Altstätten und Kreuzlingen in Ausnahmefällen auf die Probe gestellt werden.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit zur Bewältigung von Katastrophen

Im Bereich des Bevölkerungsschutzes wird die Zusammenarbeit innerhalb der IBK getestet. Bis zum Jahr 2022 sind Übungen mit Stäben wie auch mit Einsatzkräften der deutschen Bundeswehr, des österreichischen Bundesheeres und der Schweizer Armee vorgesehen. Überdies ist geplant, ein interkantonales Element des Zivilschutzes aufzubauen, um die Ortung und Rettung von Verschütteten bei Erdbeben, Hauseinstürzen, Lawinen, Erdbeben oder ähnlichen Ereignissen zu ermöglichen. Bereits im November 2019 fand die gesamtschweizerische Sicherheitsverbandsübung 19 (SVU 19) statt. Dabei will die Arbeitsgemeinschaft Ostschweiz (einschliesslich Fürstentum Liechtenstein) das Übungsszenario mit Terrorlage und deren Auswirkungen zusammen mit Ostpol koordinieren und teilweise gemeinsam bewältigen.

Harmonisierung der Informatik der Strafjustiz

Das Programm «Harmonisierung der Informatik der Strafjustiz» (HIS) wurde im Jahr 2014 von der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) lanciert und wird in den kommenden Jahren laufend weiterentwickelt. Trägerschaft von HIS sind das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD), die Bundesanwaltschaft und alle 26 Kantone.

Justitia 4.0

Das Projekt «Justitia 4.0» wurde im Jahr 2018 gestartet und ist ein Projekt im Rahmen von HIS. Der Abschluss ist für das Jahr 2026 vorgesehen. «Justitia 4.0» ist ein gemeinsames Projekt der Gerichte des Bundes, der Bundesanwaltschaft, des Bundesamtes für Justiz (BJ), der Gerichte in den Kantonen, der Staatsanwaltschaften, des Justizvollzugs, der Schweizerischen Vereinigung der Richterinnen und Richter und des Schweizerischen Anwaltsverbands mit der Vision der elektronischen Aktenführung (E-Justizakte) und des elektronischen Rechtsverkehrs. Die papierlose Justizakte soll in allen Verfahrensabschnitten des Zivil-, Straf- und Verwaltungsgerichtsverfahrens durch alle Beteiligten verwendet und medienbruchfrei ausgetauscht werden.

Zusammenarbeit in der Planung der Gesundheitsversorgung

Für eine bedarfsgerechte, qualitativ hochstehende, zeitgemässe und wirtschaftliche Gesundheitsversorgung ist eine interkantonale Planung von grosser Bedeutung. Eine Spitalplanung, die sich ausschliesslich auf die Versorgung der eigenen Bevölkerung bezieht, kann zu suboptimalen Versorgungsergebnissen führen. Auf Ebene der Gesundheitsinstitutionen bestehen bereits heute viele Kooperationen. Überkantonale Zusammenarbeit besteht in den Bereichen der Akutmedizin, der Versorgung, des Rettungswesens, der Psychiatrie und der Rehabilitation. Der Kanton St.Gallen unterstützt diese interkantonale Zusammenarbeit und will diese künftig weiter fördern. Auch auf strategischer Ebene bestehen seit Jahren Anstrengungen, die kantonalen Planungen der Gesundheitsversorgung aufeinander abzustimmen. Diese Zusammenarbeit mit den Nachbarkantonen möchte der Kanton St.Gallen in den nächsten Jahren verstärken. Anzustreben ist daher eine Spitalplanung, die auf einer kantonsübergreifenden Versorgungsregion aufbaut.

Prävention «StoppSturz»

Chronisch kranke, insbesondere multimorbide Menschen haben ein erhöhtes Sturzrisiko. Stürze im Alter von 65 Jahren und älter verursachen jährlich rund 88'000 Verletzte, 1'500 Todesfälle und Kosten von rund 1,7 Mrd. Franken. Mit dem Präventionsprojekt «StoppSturz» sollen Multiplikatoren der gesamten Versorgungskette der Kantone St.Gallen, Bern, Graubünden und Jura befähigt werden, Personen mit erhöhtem Sturzrisiko zu erkennen, abzuklären und adäquat zu behandeln bzw. angemessenen präventiven Massnahmen zuzuführen. Die Projektleitung liegt beim Kanton St.Gallen.

Kinder im Gleichgewicht

Das Interreg-Projekt «Kinder im Gleichgewicht» hat das Ziel, in der Bodenseeregion die psychische Gesundheit von Kindern zu fördern, psychischen Erkrankungen bei Kindern entgegenzuwirken, bestehende Angebote über die Grenzen hinweg zu vernetzen und die Zusammenarbeit im Bereich psychische Gesundheit zu verbessern. Die Ostschweizer Kantone St.Gallen, Appenzell Ausserrhoden und Appenzell Innerrhoden sowie das Fürstentum Liechtenstein beteiligen sich im Rahmen des Ostschweizer Forums für Psychische Gesundheit am Projekt. Die weiteren Projektpartner sind der Kanton Thurgau sowie die Landkreise Ravensburg, Lindau und Bodenseekreis.

Kulturförderstrategie 2020–2027

Im Rahmen der Kulturförderstrategie 2020–2027 (23.19.03) ist geplant, die Aktivitäten im Rahmen der bewährten Beziehungen innerhalb der Ostschweiz, der Schweiz, des Bodenseeraums sowie dem weiteren deutschsprachigen Raum zu pflegen und weiterzuentwickeln. Die bewährten gemeinsamen Förderprogramme in der bildenden Kunst (Heimspiel) und dem zeitgenössischen Tanz (Tanzplan Ost) sind den kulturellen Entwicklungen entsprechend à jour zu halten. Die neueren Förderprogramme im Buch- und Literaturwesen (Buch und Literatur Ost+) und im textilen Bereich (Textiles in der Ostschweiz) werden in der Realisierung sorgfältig begleitet, evaluiert und überprüft. Auch künftig sind interkantonale Zusammenarbeiten anzustreben, wenn die Kooperation die Wirksamkeit der Förderung erhöht und zugleich die Kultur mit st.gallischem Bezug stärkt. Ein Beispiel dafür ist die Förderung eines Ostschweizer Kulturkalenders einschliesslich einem

kulturfrendlichen Ticketing-System, um die Zugänglichkeit der Kulturangebote zu erhöhen und zugleich die Agendabewirtschaftung für Kulturinstitutionen und -veranstaltenden zu vereinfachen.

6 Schlussbemerkungen

Im September 2019 warben die Regierungen von neun Grenzregionen aus allen Nachbarländern der Schweiz in einer koordinierten Aktion in Brüssel um Verständnis für die Schweiz: Nachdem die Europäische Kommission die Fortschritte beim institutionellen Rahmenabkommen als nicht genügend erachtet hatte, beschloss sie Ende Juni 2019, die Schweizer Börsenäquivalenz nicht zu verlängern. Da die Nachbarregionen der Schweiz von einer Eskalation zwischen der Schweiz und der EU betroffen wären, haben neun Grenzregionen auf Initiative des Landes Baden-Württemberg ein gemeinsames Schreiben an den EU-Kommissionspräsidenten versandt, in dem sie vor einer negativen Dynamik warnen und für mehr Verständnis für die Schweiz und ihre politischen Prozesse plädieren. Unterzeichnende sind u.a. die Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg und des Freistaates Bayern, die Landeshauptleute der Länder Tirol und Vorarlberg sowie der Landeshauptmann der autonomen Provinz Bozen-Südtirol. Es sind dies allesamt Regionen, mit denen der Kanton St.Gallen bilateral oder in Gremien wie der IBK und der Arge Alp zusammenarbeitet. Das Vorgehen kann als Beispiel dafür gesehen werden, wie die kleine Aussenpolitik über Jahrzehnte verlässliche Partnerschaften schaffen und bei Bedarf Unterstützung in nationalen Anliegen auslösen kann.

Starke, wirkungsvolle und sichtbare Aussenbeziehungen sind von grundlegender Bedeutung für den Kanton St.Gallen. Sie leben einerseits durch eine intensive und rege Besuchsdiplomatie auf der politischen Ebene und schaffen andererseits mit Vernetzung und grenzüberschreitenden Kooperationen auf der Fachebene eine Basis für die erfolgreiche Weiterentwicklung und Profilierung des Kantons St.Gallen. In einer global vernetzten Welt ist es nicht zielführend, Herausforderungen als Kanton allein anzugehen. Es sind vielmehr sorgfältig abgestimmte, strategische Partnerschaften nötig, um den Kanton und die gesamte Region weiterzubringen. Starke, wirkungsvolle und sichtbare Aussenbeziehungen ermöglichen es dem Kanton ferner, seine Interessen in für den Kanton St.Gallen wichtigen Vorlagen auf Bundesebene zu vertreten sowie aktiv und rechtzeitig Einfluss auf bedeutende Dossiers zu nehmen.

7 Antrag

Wir beantragen Ihnen, Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, auf den vorliegenden Bericht einzutreten.

Im Namen der Regierung

Heidi Hanselmann
Präsidentin

Canisius Braun
Staatssekretär